

## Telegraphische Depeschen.

**Braunschweig, 3. Juni.** Die 23. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung wurde heute Vormittag gegen 9 1/2 Uhr in der früheren Egidienkirche mit Harmoniumspiel und dem Gesange „D heil'ger Geist lehr' bei uns ein!“ eröffnet. Oberbürgermeister Rodels und Schulrath Dr. Schaarschmidt von hier begrüßten die von circa 1000 Lehrern und Lehrerinnen aus allen Theilen Deutschlands und Oesterreichs besuchte Versammlung im Namen der städtischen und Schulbehörden Braunschweigs. Schulrath Theodor Hoffmann-Hamburg, Schulrath Dr. Schaarschmidt-Braunschweig und Lehrer Morle-Gera wurden ins Präsidium gewählt. Den ersten Vortrag hielt Seminar-director Credner-Bremen über: „Wie kann die Schule zur Hebung der Sittlichkeit und der socialen Wohlfahrt beitragen?“

**Braunschweig, 3. Juni.** Die Lehrerversammlung genehmigte einstimmig eine Anzahl Theesen, in welchen den Lehrern empfohlen wird, zur Besserung der socialen Verhältnisse das religiöse Bewußtsein der ihnen anvertrauten Jugend mehr als bisher zu wecken und zu pflegen, mehr als bisher in ethisch-erzieherischer Weise zu wirken und durch bessere Bildung des heranwachsenden Geschlechts eine veredelnde Rückwirkung auf die Familie und die sociale Wohlfahrt auszuüben.

**Wien, 3. Juni.** Sicherem Vernehmen nach ist die Befehung der in der österreichisch-türkischen Convention vorgesehenen Grenzpunkte im Sandschal Kobilbazar seitens der österreichisch-ungarischen Truppen nicht in unmittelbare Aussicht genommen.

**Rom, 3. Juni.** Die Opinions gibt den Aeußerungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gegenüber zu, daß die auf der Versammlung der Friedendeligen in Mailand am 11. Mai gehaltenen Reden in gewissem Maße als Action betrachtet werden könnten. Allein die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung angeregte Frage würde sich darauf zu beschränken haben, ob diese Reden, in welchen Wünsche für die Vereinigung Italiens und des Trentinos mit Italien ausgesprochen wurden, herant getrieben seien, daß sie die öffentliche Ruhe gefährdeten und Italiens freundschaftliche Beziehungen zu den Mächten störten. Die Opinions constatirt die absolute Nutzlosigkeit der erwähnten Versammlung. Das Blatt spricht sodann seine Befriedigung darüber aus, daß die österreichischen Blätter, unter andern die Neue Freie Presse, die Bestimmungen des italienischen Volkes, welches vor allem gewissenhafte Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen Italiens zu den Nachbarstaaten und insbesondere zu Oesterreich verlangen, zu würdigen wüßten, indem sie demselben volles Vertrauen entgegenbrächten in der Ueberzeugung, daß das italienische Volk der aufrichtigen Freund Oesterreichs bleiben wolle und nicht geneigt sei, diese werthvolle Freundschaft Erwägungen oder Bestrebungen anderer Art aufzuopfern.

## Reichsdruckerei und Privatgewerbe.

**Leipzig, 4. Juni.** Die Petition des Deutschen Buchdruckervereins, deren wir in Nr. 120 bereits gedacht haben, ist beim Reichstage eingereicht. Dieselbe ist im wesentlichen gegen die nach der Denkschrift zum Etat beabsichtigte Competenz und Ausdehnung des Wirkungskreises der neuen Reichsdruckerei gerichtet. Denn nach dieser Denkschrift solle die künftige Reichsdruckerei nicht nur für unmittelbare Zwecke des Reiches, sondern auch der einzelnen Bundesstaaten arbeiten und Aufträge von städtischen Behörden und Corporationen übernehmen, auch Werke für Privatpersonen unter gewissen Voraussetzungen und solche, deren Herstellung in Deutschland nur mit der Reichsdruckerei eigenthümlichen Verfahrensweise an Hilfsmitteln erreichbar, ausführen können. In der Petition wird nun vor allem Gewicht darauf gelegt, daß der Stand und die Entwicklung des Druckergewerbes in Deutschland auf einer solchen Stufe sich befinden, welche in allen Beziehungen, namentlich selbst auch im Gebiete der Production von Werthzeichen, die für die Existenz einer Reichsdruckerei besonders betont wird, das Bedürfnis einer Staatsdruckerei (wie es in einigen andern Ländern hervorgetreten) nicht hat auskommen lassen.

Es wird ferner der Finanzpunkt und die in Aussicht gestellte Rente von 16 Proc. des auf mehr als 6 Mill. M. berechneten Anlagecapitals erwähnt und vor allem die Benachtheiligung der Privatindustrie im Druckergewerbe durch ein so großes Staatsinstitut beklagt. Hervorgehoben wird hier namentlich der Einfluß auf

**Messina, 3. Juni.** Der Ausbruch des Aetna hat gestern zugenommen. Der Lavaström schreitet langsam fort und ist nur noch 1 1/2 Kilometer von Mojo, 1/2 Kilometer vom Alcantaraflusse entfernt.

**Paris, 3. Juni.** Das Journal La Paix erklärt die von einem auswärtigen Blatte in einer Correspondenz aus Tunis gebrachten Mittheilungen bezüglich der Sancy-Affaire für ungenau. Demselben zufolge besteht die Commission zur Untersuchung dieser Angelegenheit aus drei französischen und drei tunesischen Mitgliedern. Nach einer eingehenden Prüfung der Ansprüche des Grafen Sancy wurde einstimmig anerkannt, daß die meisten dieser Ansprüche begründet seien.

**Paris, 3. Juni.** Nach offizieller Mittheilung aus Algier vom 2. Juni sind bei Duled Daoud unerwarteterweise Unruhen ausgebrochen, wobei zwei Caids und sechs Spahis, welche einen Offizier vom Arabischen Bureau begleiteten, getödtet wurden. Dem letztern gelang es zu entkommen. Drei Bataillone Infanterie mit zwei Abtheilungen Artillerie sind insolge dessen nach der Provinz Konstantine beordert worden.

**London, 3. Juni.** Baronet Lionel v. Rothschild, Chef des hiesigen Hauses R. M. Rothschild and Sons, ist heute früh 5 Uhr 40 Min. gestorben.

**Wien, 3. Juni.** Meldungen der Politischen Correspondenz aus Philippopol vom 2. Juni: „Die bulgarische Deputation hat den in Philippopol befindlichen Mitgliedern der europäischen Commission den Dank der Bevölkerung für ihre vermittelnde Intervention in der Fahnfrage ausgesprochen, da durch diese die Erhaltung der Ruhe und Ordnung gesichert sei. — Aleko-Pascha hat das Regierungsdirectorium constituirt; mit Ausnahme des Finanzdirectors Schmid und des Generals Vitalis sind sämtliche Departementdirectoren höhere türkische Beamte bulgarischer Nationalität. Die Spannung zwischen Aleko-Pascha und der griechischen Gemeinde ist beseitigt; Aleko-Pascha besuchte die griechische Kathedrale, worauf in der Notabelversammlung der griechischen Gemeinde im Auftrage Aleko-Pascha's betrübende Erklärungen abgegeben wurden.“

**Sukaratsch, 3. Juni.** Die Session der neuen Kammer ist heute von dem Kaiser mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben wird besonders betont, daß die rumänische Nation niemals vom Geiste religiöser Unabundfameit befeet, sondern im Gegentheil ein Opfer oftinals bis zur Unvorsichtigkeit getriebenen gaffrenndlichen Bestrebungen zu Gunsten Andergläubiger gewesen sei. Indessen müsse man aus den in Rumänien herrschenden legislativen Bestimmungen diejenigen beseitigen, welche den Charakter einer religiösen Ausschließung tragen; man müsse sie demgemäß mit dem großen Princip in Uebereinstimmung bringen, daß niemand wegen seines religiösen Bekenntnisses des Genusses und der Ausübung eines Rechts beraubt sein dürfe. Auf diese Weise werde

Rumänien der allgemeinen Sorge die Befriedigung gewähren, welche der Art. 44 des Berliner Vertrages ihm dictirte. In der Thronrede heißt es dann weiter:

Obwol wir unsere Unabhängigkeit schon durch unsere eigenen Kräfte gewonnen, so verlangten doch die Großmächte, daß wir uns den in civilisireten Ländern herrschenden allgemeinen Ideen anpassen sollten, um uns in das Concert der europäischen Staaten zuzulassen. Zur Regelung von Detailfragen dachten sie nicht daran, konnten auch nicht daran denken, uns den vitalen Interessen des Landes widerstrebende absolute Lösungen aufzuzwingen. Weber die freiherrn Kammern noch die Regierung haben irgendetwas der Lösung vorgegriffen. Die Frage liegt in ihrem ganzen Umfange vor; wir haben die gebieterische Pflicht, sie einer raschen Lösung zuzuführen. Sobald diese Mission beendet ist, werden die Kammern andere von den Bedürfnissen des Landes dringend geforderte Geseze und Reformen auszuarbeiten haben. Die Revisionskammern werden sich so in gesetzgebende Kammern umwandeln.

**Konstantinopel, 3. Juni.** Die hiesige Agence Havas meldet, gestern sei ein außerordentlicher Ministerrath zusammenberufen worden, um über die Haltung der Pforte gegenüber der Weigerung der bulgarischen Bevölkerung in Rumelien, die türkische Fahne in Philippopol aufhissen zu lassen, in Berathung zu treten. — Von den Bosniaken werde, wie die Agence Havas weiter zu berichten weiß, eine Petition an die Mächte vorbereitet, in welcher um eine temporäre Verwaltung Bosniens durch eine internationale Commission und sodannige Einrichtung Bosniens zu einer autonomen Provinz gebeten werden soll.

**Athen, 2. Juni.** Nach einer hier eingegangenen Meldung hat sich ein etwa 400 Mann zählender Trupp albanesischer Irregularer der Stadt Almyro bei Solo bemächtigt und droht die Stadt zu plündern und die dasige Kaserne anzuzünden, falls ihm nicht der rürkänbige Sold ausgehahlt werde. Auf Cypern herrscht große Aufregung, weil der türkische Gouverneur in Famagusta zwei Eingeborene ohne vorausgegangene Untersuchung und Urtheil hat hingerichtet lassen.

**Kengoch, 2. Juni.** Aus Panama vom 24. Mai eingelangten Nachrichten zufolge war einem peruanischen Transport die Einschiffung von Kriegsmaterial gestattet worden, obchon der chineesische Consul dagegen protestirte. Die chineesische Flotte hat das Submarinelabel bei Arica zerstört und die Stadt Mejillones niedergebrannt.

## Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

N.L.C. Berlin, 3. Juni. Die obige Gesellschaft, eine Schöpfung des deutschen Liberalismus in seiner Gesamtheit, hat ihren Jahresbericht für 1878 erstattet und schickt sich an, in Dänzig ihre diesjährige Versammlung zu halten. Wachsen hat sie natürlich kaum können in dem traurigen Jahre, wo der Zusammenstoß des empörten nationalen Gefühls und der Reichsge-

die Sicherheit und Stetigkeit in den Preisen und den Löhnen andererseits und die dadurch bedingte Abhängigkeit der Privatindustrie von der Staatsindustrie, welche dann auf die Production und die weitere Ausbildung des Gewerbes selbst nachtheilig einwirkt, den Privaten in seinen Bestrebungen lahm legt und ihn daran gewöhnt, nur auf das Staatsinstitut hinzublicken, das gewissermaßen „als eine Versuchsstation auf dem Gebiete dieses technischen Gewerbes“ hingestellt worden ist.

Die Petition verweist hierbei auf die im Jahre 1877 gelegentlich der Erwerbung der Deder'schen Geh. Oberhofbuchdruckerei eingereichte Petition, welche damals den Erfolg hatte, daß der Umfang des Betriebes gesetzlich fixirt wurde. Eine solche gesetzliche Fixirung bezweckt nun am Schlusse auch die vorliegende Petition, nachdem einmal — wir möchten hinzufügen „leider“ — durch die Erwerbung der Preussischen Staatsdruckerei die abschüssige Bahn der Staatsindustrie auch im Gebiete des Buchdruckerergewerbes weiter verfolgt ist. Sie will festgestellt sehen:

- a) daß die künftige Reichsdruckerei Arbeiten für die einzelnen Bundesstaaten und für städtische Behörden und Corporationen zu übernehmen nicht besugt sein solle,
- b) daß die Bestimmung über Ausführung von Arbeiten, deren technische Herstellung in Deutschland nur mit den der Reichsdruckerei eigenthümlichen Verfahrenswesen weiter verfolgt ist. Sie will festgestellt sehen:

Diesen drei Punkten hätten wir gern noch die Bestimmung hinzugefügt gesehen, daß auch in den der Reichsdruckerei geschätzten Arbeiten wenn irgend möglich

die bisher der Deder'schen Geh. Oberhofbuchdruckerei und bezüglich der Preussischen Staatsdruckerei gesetzten Grenzen eingehalten würden. Denn das Reich bedarf in dem Post-, dem Eisenbahnbetrieb u. einer solchen Menge von Arbeiten, die bisher den Privaten in Auftrag gegeben waren, daß deren Wegfall sich sehr fühlbar machen würde.

Wir hoffen und glauben, daß der Reichstag den Bedenken, die in der Petition gegenüber der Ausdehnung der Reichsdruckerei geltend gemacht sind, noch in der letzten Stunde Rechnung tragen werde. Wir können uns nicht der Ansicht der Leipziger Zeitung anschließen, welche „Anlaß zu der Annahme hat, daß die Petition einen nennenswerthen Erfolg nicht haben werde“, und können unsere Verwunderung darüber nicht zurückhalten, daß unsere „officiöse“ Collegin, welche in der letzten Zeit den Schutz der nationalen Arbeit so sehr in ihren Spalten betonte, in vorliegenden Falle so wenig Theilnahme für eine Petition zeigt, welche für eine hochentwickelte Privatindustrie gegenüber dem Reiche nur den berechtigten Schutz in Anspruch nimmt.

## Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Am 29. Mai fand in Straßburg die 13. Versammlung des Gesellschaftsausschusses unter dem Vorsitz des Consuls H. H. Meier aus Bremen statt. Es waren vertreten die Bezirksvereine Embden, Oldenburg, Bremen, Lehe-Dorum, Hamburg, Blankenese, Husum, Kiel, Rostock, Straßburg, Stettin, Danzig, Memel,

walt mit der wih gewordenen Socialdemokratie erfolgte und wo der Bollkampf begann alle andern öffentlichen Angelegenheiten in den Hintergrund zu drängen. Genau schon, und ein erfreuliches Zeichen für ihren gesunden Grund im Volke, daß sie nicht zurückgegangen ist. Die Mehrzahl derjenigen Bildungsvereine, deren Thätigkeit in dem einmal geweckten Volksbedürfnisse bereits Wurzel geschlagen hat, blüht befriedigend fort und entfaltet sich zum Theil selbst glücklich weiter; Schaden haben meist nur solche Vereine gelitten, die überhaupt noch nicht aus den Kämpfen gegen Vorurtheil und Gleichgültigkeit herausgewachsen waren. Der zusammenfassenden, allgemeinen Gesellschaft fielen 35 ihr als Mitglieder angehörnde örtliche Vereine ab und traten ebenso viele neue wieder zu, sodaß der Bestand von 772 körperschaftlichen Mitgliedern gerade erhalten bleibt. Dazu kommen 4339 persönliche Mitglieder, und eine Einnahme von 46349 M., — eine höchst respectable Summe von Kräften und Mitteln für einen der edelsten nationalen Zwecke. Ihr Zusammenhang wird hauptsächlich gepflegt durch den ausgezeichneten Generalsecretär der Gesellschaft, Hrn. Julius Lippert, der neuerdings auch regelmäßig selbst die provinziellen Verbandstage besucht und ebensowol anfeuernd wie vermittelnd und ausgleichend zu wirken versteht. Eine bessere Zeitschrift als den von ihm geleiteten «Bildungsverein» haben wenige derartige Organisationen aufzuweisen.

Nächst dem sind das Hauptorgan der Centralgesellschaft ihre Wanderlehrer. Der Jahresbericht bemerkt über dieses immer noch viel angefechtene und wenig gewürdigte Institut:

Noch an unzähligen Orten sind die einfachsten und nächst liegenden Mittel zur Erhaltung und Hebung der Volksbildung unbekannt, oder sie stehen unter dem Banne von Vorurtheil und Mißtrauen. Diesen zu besiegen und die Anregung zur That zu geben, gelingt in der Regel nur der persönlichen Einwirkung. Viele Orte, in denen jetzt die Thätigkeit eines blühenden Bildungsvereins von solchem Belange ist, daß deren Fehlen eine Lücke im geselligen Verkehr zu peinlichem Bewußtsein brächte, verdanken die Anregung und die erste Ueberwindung großer Schwierigkeiten der Thätigkeit unserer Wanderlehrer, die immer wieder auf Orte treffen, in denen das Wagniß eines öffentlichen Vortrages zunächst nur mit großer Sorge unternommen wird, um dann für ein bleibendes Bedürfniß den Grund zu legen. Viele Vereine wieder bedürfen des Vortrages des Wanderlehrers entweder aus Mangel an eigenen Vortragkräften, oder um durch Abwechslung in der Rednerliste dem Vereinsleben einen neuen Reiz zu verleihen. Endlich waren die Vorträge der Wanderlehrer dem Inhalt nach vornehmlich, wenn auch nicht ausschließlich, auf die Elemente der Culturgeschichte und Wirtschaftslehre gerichtet, sodaß sie im Bereiche ihres Einflusses auch als eine materielle Verbesserung des Bildungsstandes des Volkes wohl gelten, und dessen Orientirung in den theilweise verwirrenden Bestrebungen unserer Zeit dienen konnten.

Mit Hrn. Lippert zusammen haben die drei Wanderlehrer der Gesellschaft im vorigen Jahre 212 Vorträge gehalten, an nicht viel weniger Orten. Von den veranstalteten Vorträgen überhaupt ist dies nur ein verschwindender Theil: in dem Verbanne der Doppelprovinz Preußen allein sind 826 Vorträge gehalten worden. Wir wollen auf die interessanten Details des Jahresberichts hier indessen nicht weiter eingehen, sondern nur zum Schluß noch hervorheben, daß die durchaus tendenzfreie Thätigkeit der großen deutschen Volksbildungsgesellschaft stillschweigend nachgerade auch von Gegnern aller Art anerkannt wird.

### Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts.

(Nachdruck verboten. Gesetz vom 17. Juni 1870.)

•• Leipzig, 3. Juni. Neue Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts sind folgende:

1) In der Regel braucht der Käufer Theillieferungen nicht anzunehmen, und, so wenig hiernach der Verkäufer eine Theillieferung mit dem Erfolge dem Käufer aufbringen kann, daß dieser zur Zahlung eines entsprechenden Theiles des Kaufpreises verpflichtet würde, so wenig ist der Verkäufer berechtigt, einen Theil des Kaufobjects selbsthülftweise, nach Art. 343 des Handelsgesetzbuchs, mit der Wirkung zu veräußern, daß der Käufer die Substitution des Erlöses aus dem veräußerten Theile für die contractliche Lieferung sich gefallen lassen und den dem veräußerten Theile der Waare entsprechenden Theil des vertragsmäßigen Kaufpreises zahlen müßte.

2) Aus der Befanntschaft des Verkäufers mit dem Umstande, daß die bestellte Waare für eine transatlantische Versendung bestimmt gewesen ist, folgt nicht, daß die nach Art. 347 des Handelsgesetzbuchs dem Käufer obliegende Untersuchungs- und Montirpflicht erst mit der Ankunft der Waare an dem überseeischen Plage eingetreten. Eine solche Vinauschiebung der Erfüllung vorgedachter Obliegenheit des Käufers bedarf einer besonderen Ausbedingung.

3) Die Vorschrift im Art. 357 des Handelsgesetzbuchs, wonach der wegen Verzugs vom Verkäufer bei Waaren, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, zu leistende Schadenersatz in der Differenz zwischen dem Kaufpreise und dem Markt- oder Börsenpreise zur Zeit und am Orte der geschuldeten Lieferung besteht, leidet, obgleich sie nur für sogenannte Firgeschäfte ausgesprochen ist, auch bei sonstigen Handelskäufen Anwendung. Ebenso ist es gerechtfertigt, obgleich Art. 357 nur von dem Falle handelt, daß der Käufer statt der Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordert, den darin anerkannten Grundsatz auch auf den Fall anzuwenden, daß der Käufer neben der Erfüllung Schadenersatz wegen Verspätung der Erfüllung verlangt. Bei Anwendung auf letztern Fall führt dieser Grundsatz zu der Regel: daß der Betrag des von dem Verkäufer wegen der Verspätung zu leistenden Schadenersatzes mindestens in der Differenz zwischen dem Markt- und Börsenpreise zur Zeit des eingetretenen Verzugs und dem (geringern) Markt- und Börsenpreise zur Zeit der erfolgten Lieferung besteht. Diese Regel, welche mit dem Gemeinen Recht übereinstimmt, schließt für den Handelskauf die Anwendung abweichender landesgesetzlicher Vorschriften aus.

4) Der wahlberechtigte Gläubiger zweier alternativer Rechte, von denen die Ausübung des einen Rechts das andere gänzlich ausschließt, wird dadurch, daß er das ihm zuzehörende Wahlrecht gegen den alternativen Verpflichteten durch eine unbedingte und ohne Vorbehalt auf eines jener Rechte beschränkte Klage geltend gemacht, und der Beklagte sich in seiner Klageantwortung und den fernern Proceßhandlungen auf das ausschließlich gewählte Recht, ohne Widerspruch gegen die gethene Wahl, eingelassen hat, jedes fernern Wahlrechts verlustig. Diese Regel gilt übrigens nur insoweit, als nicht nach Handelsrecht oder Particularrecht das Wahlrecht schon durch die dem Verpflichteten von der getroffenen Wahl privatim gemachte Anzeige consumirt wird. Solcher Fall ist der des Art. 356 des Handelsgesetzbuchs.

5) Eine von dem Bezogenen auf den Wechsel gesetzte und unterschriebene Erklärung gilt nach Art. 21 Absatz 2 der Wechselordnung, wenn sie den Willen des Bezogenen, durch sie den Wechsel zu acceptiren, nicht ausdrücklich und unweidentlich ausschließt, als Acceptation — dies alenamentlich dann, wenn sie nach Fassung und Inhalt den Acceptwillen zweifelhaft erscheinen läßt. Eine anderweitige Erforschung des Willens zur Beseitigung des Zweifels gestattet das Wechselrecht nicht.

6) Die Ansicht, daß der Umfang, in welchem das Auführungsrecht, §. 50 des Reichsgesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend das Urheberrecht von Schriftwerken etc., übertragen werde, regelmäßig örtlich begrenzt sei, und daß die Erlaubniß zur Ausführung nicht nur auf eine bestimmte Ort-

schaft und ein bestimmtes Theater, sondern auch auf die Grenzen derjenigen Bühnenlocalitäten beschränkt sei, welche der Erwerber des Auführungsrechtes zur Zeit des Geschäftsabchlusses geschäftlich vertrat, findet nicht im Gesetze ihre Begründung. Es hängt lediglich von dem Inhalte des Vertrages ab, in welcher örtlichen Begrenzung das Auführungsrecht den Erwerbern von dem Autor eingeräumt ist. Diese tatsächliche Frage ist daher in jedem einzelnen Fall nach den beim Vertragsschluß abgegebenen Erklärungen und, insoweit solche nicht abgegeben worden sind, nach dem unter den obwaltenden Umständen vermuthlichen Willen der Vertragsschließenden zu beantworten.

### Deutsches Reich.

Ueber den Unfall, welcher Se. Maj. den Kaiser betreffen, meldet der Deutsche Reichs-Anzeiger aus Berlin vom 3. Juni: „Se. Maj. der Kaiser und Königin sind gestern Nachmittag auf dem Fußboden des Zimmers ausgeglitten, auf das rechte Knie gefallen und haben sich dadurch eine Quetschung desselben mit Bluterguß auf der Kniekehle zugezogen. Im Laufe der Nacht, während deren Se. Maj. sehr gut schliefen, ist bereits eine Abnahme der Anschwellung eingetreten. Das Allgemeinbefinden Sr. Maj. ist durchaus befriedigend, eine ruhige Lage jedoch zunächst erforderlich.“

Die Neue Preussische Zeitung berichtet aus Berlin vom 3. Juni: „Se. Maj. der Kaiser und Königin brachte den gestrigen Tag in Rückerinnerung an das schmerzliche Ereigniß dieses Tages im vorigen Jahre in tiefer Bewegung zu. Vormittag wohnte Se. Maj. dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei. Nach dem Gottesdienste fand der Kaiser seine nähere militärische Umgebung vor der Kirche versammelt, welche es sich nicht hatte nehmen lassen wollen, an diesem Tage den Monarchen besonders zu beglückwünschen. Bewegt und erfreut dankte der Monarch den General- und Flügeladjutanten für diese unerwartete Aufmerksamkeit mit einigen huldvollen Worten. Nach Schloß Babelsberg zurückgekehrt, hatte Se. Maj. der Kaiser einige Stunden später das Unglück, als er sich von einem Stuhle in seinem Schlafzimmer erheben wollte, auf dem glatten, parketirten Fußboden auszugleiten und dabei sich leicht das rechte Knie zu contusioniren. Der auf Babelsberg stationirte Assistentarzt Dr. Tiemann war des Feiertags wegen nach Berlin beurlaubt, deshalb wurde, etwa um 2 Uhr, der im Neuen Garten wohnende Leibarzt Dr. v. Lauer herbeigeholt. Glücklicherweise war der Unfall nur leicht, sodaß Dr. v. Lauer nach wenigen Stunden den kaiserlichen Sommerstübchen wieder verlassen konnte. Die Stimmung Sr. Maj. sowie der Verlauf der Nacht zu heute waren trotz dieses Unfalls durchaus befriedigend. Heute Vormittag begab sich der Chef des Militärcabinetts bereits wieder zum Vortrage nach Schloß Babelsberg.“

Die «Post» erhielt von ihrem Hofberichterfasser folgende Mittheilung, aus welcher hervorgeht, daß Se. Maj. seine amtlichen Geschäfte nicht unterbrochen hat: „Se. Maj. der Kaiser und Königin begaben sich gestern Vormittag 10 Uhr zum Gottesdienste nach der Friedenskirche und haben nachmittags den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg gesprochen. Heute Vormittag nahm der Kaiser die Vorträge des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Pückler, des Hofmarschalls Grafen Perponcher und des Geh. Hofraths Vort entgegen und arbeitete mit dem Chef des Militärcabinetts, Generalmajor v. Albedyll.“

Berlin, Wiesbaden. Zunächst wurde der Jahresbericht pro 1878/79 vorgelegt. Wir entnehmen demselben Folgendes:

Gerettet wurden 29 Personen auf 6 Rettungsfahrten und zwar sämtlich mittels der Rettungsboote. Die Gesamtzahl der von der Deutschen Gesellschaft bisher Geretteten steigt damit auf 1037 Personen. Die verhältnißmäßig geringe Anzahl der im letzten Jahre Geretteten entspricht der gegenüber früheren Jahren glücklicherweise außerordentlich verminderten Zahl von Schiffsunfällen im Jahre 1878/79.

Die Zahl der ordentlichen Mitglieder betrug am Schluß des letzten Geschäftsjahres 33140, 259 weniger als im Vorjahre; die Summe der Jahresbeiträge betrug 110628 M. 79 Pf., 2051 M. 88 Pf. weniger als im Vorjahre. Dieser kleine Rückgang ist um so bemerkenswerther, als daneben 23 neue Vertreterschaften (Altena, Arnöberg, Baireuth, Bldingen, Bünde, Kleve, Eschweiler, Freiburg a. d. E., Fulda, Goch, Homburg v. d. Höhe, Iserlohn, Kissingen, Kofel, Lahr a. M., Meisen, Nees a. Rh., Rheylt, Salzuflen, Schwerte, Wegeleben, Amt Weidenau, Witten) ins Leben gerufen sind. Um so erfreulicher ist es deshalb, mittheilen zu können, daß die einmaligen Gaben im vorigen Jahre so reichlich gestossen sind, daß die Gesamteinnahmen des letzten Rechnungsjahres die Höhe von 159000 M. 83 Pf. erreichten gegen 158276 M. 79 Pf. in 1877/78. Die Gesamtausgaben betragen im vorigen Geschäftsjahre 130173 M. 74 Pf. gegen 108370 M. 44 Pf. im Jahre 1877/78.

Dann kamen verschiedene Anträge des Vorstandes und der Bezirksverwaltungen zur Debatte.

Die Anträge der Bezirksverwaltungen beziehen sich auf die Bervollständigung der Rettungsstationen Nimmerfatt und Kratzpehlen.

Der Vorstand beantragt: 1) Die Küstenbezirksvereine zu ermächtigen, die Localvorstände anzuweisen, in dringenden Fällen nothleidenden Schiffbrüchigen die erste Hülfe an Speise, Trank und Kleidung aus Mit-

teilen der Gesellschaftskasse zu gewähren. 2) Allen Rettungsbooten Namen zu geben. Sämtliche Anträge werden genehmigt.

Nachdem sodann dem Deutschen Nautischen Verein 500 M. bewilligt sind behufs Bestreitung der Kosten, welche dem Deutschen Nautischen Verein entstanden sind bei seinen Bemühungen, Schwimmgürtel allgemein auf deutschen Schiffen einzuführen, erledigt die Generalversammlung noch das Generalbudget pro 1879/80, wählt Revisoren und bestimmt als Ort der nächsten Jahresversammlung Emden.

Die im stralsunder Hafen liegenden Schiffe waren zu Ehren der Deutschen Gesellschaft ohne Ausnahme festlich besetzt.

Aus Messina vom 29. Mai berichtet man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Sie werden schon telegraphisch benachrichtigt worden sein, daß der Aetna wiederum ausgebrochen ist. Genauere Details werden wol erst dann gegeben werden können, wenn man die Eruptionstelle selbst besucht haben wird. Am 26. Mai brach der Berg am nordwestlichen Abhänge in der Höhe zwischen Bronte und Randazzo aus, dicke Rauchwolken umhüllten den riesigen Koloß, in dessen Innerem die entseelten Geister des Feuers rasten. Ringsumher bis Taormina und Catania dröhnte der Boden, und ein unaufhörliches Rollen, wie der Donner eines unterirdischen Gewitters, veretzte die Einwohner der ganzen Gegend in Angst und Schrecken. Am Abend des 27. Mai öffneten sich am Abhänge des Berges gegen Piedimonte, also mehr nordöstlich, zwei neue Krater, die ihre Flammensäulen bis hoch in die Luft hineintrieben. In der Nacht vom 27. auf den 28. Mai begann der Berg aus den verschiedenen Oeffnungen fürchterliche Aschenmassen auszuwerfen, welche, verberberisch von dem frischen Südwestwinde getrieben, über die Fluren des östlichen Geländes von Sicilien hinweg und mit einem feinen metallischen

Staub die ganze Gegend bis nach Messina und über den Meerbusen von Givä auch nach Calabrien bedeckten. Die niederfallende Aschenschicht, die in Messina kaum zwei Linien betrug, war in Taormina bis zu einer Höhe von zwei Fuß, in Randazzo und Linguaglossa bis zu zwei Fuß niedriger gefallen. Aus letztern Orten flüchten die Einwohner schon an mit Haß und Güt zu fliehen, aus Furcht, daß die schwarzen Aschenwolken noch größere Aschenmengen herunterwerfen und die Städtchen begraben könnten. Den 28. Mai über sah man von Taormina nichts vom Berge, welcher in dunkle Wolken gehüllt war, und kaum vermochte die Sonne durch die die Luft erfüllenden Aschentheilchen ein mattes Licht auf die Erde zu werfen. Am 28. Mai abends gegen 9 Uhr klärte sich plötzlich der Berg, und ein prächtiger Blick öffnete sich den in Taormina weilenden Zuschauern, die von Messina und Catania dahin geströmt waren. Von dem zwei Oeffnungen, welche sich am 27. Mai abends gebildet hatten, war nur noch eine in Thätigkeit, welche in ununterbrochener Folge hohe Feuersäulen aufstieß; an dem Punkte der ersten Eruption hatten sich drei Krater gebildet, von denen der mittlere in fürchterlicher Wuth zu toben schien, während der obere und der untere weniger bedeutend erschienen. Der Ausbruch scheint sich also in aller seiner Kraft dorthin gewandt zu haben, und man glaubte in dem Wütherscheine am Horizont schon erkennen zu können, wie der Lavastrom, den man von Taormina nicht sehen konnte, sich nach unten hin, den Abhang des Berges hinunter bewegte. Heute, 29. Mai morgens, war der Berg wieder in dicke Rauchwolken gehüllt, und es war unmöglich, Näheres zu erforschen. Das Donnern, Rauseln und Stöhnen, welches am 24. Mai abends zu fürchterlicher Gewalt angewachsen war, dauerte, wenn auch in etwas verringertem Maßstabe, fort, und alles gab noch zu erkennen, daß die Eruption in voller Thätigkeit sei. Der Aschenregen hatte etwas nachgelassen und wird wol fortwährend schwächer werden, da solcher bekanntermaßen stets die erste Periode eines Ausbruchs bildet, welchem sodann als zweiter der Lavastrom in seiner ganzen großartigen Gewalt folgt.“

... sagt, wel...  
... gebäud...  
... ob die...  
... 20. Mai...  
... dem Bun...  
... vor, wel...  
... schlusse...  
... Bundes...  
... des an...  
... und au...  
... preußisch...  
... werdes...  
... Diese...  
... Lage sein...  
... fassen...  
... tage zug...  
... des vorl...  
... kommen...  
... werden...  
... aus Mi...  
... tages zu...  
... Artikel...  
... dem dan...  
... Stellen...  
... selbste...  
... bracht ge...  
... rufen sei...  
... erklärt...  
... leblich...  
... tung von...  
... einen Vo...  
... bemüht...  
... einer deu...  
... mähungen...  
... föhlichen...  
... N.L.C...  
... Meinung...  
... schen Sä...  
... b adst...  
... tages ma...  
... erinnern...  
... zweite...  
... heit an...  
... in welche...  
... über die...  
... tional-l...  
... Vorschlag...  
... nicht...  
... — Die...  
... Centrum...  
... Bismar...  
... nach der...  
... es doch...  
... hierher...  
... ministern...  
... so beweist...  
... sind, dann...  
... dem Centr...  
... (Hinzüger...  
... — Die...  
... ten wir...  
... gerichtliche...  
... Großen...  
... nicht...  
... mild...  
... erfahren...  
... Nichtbest...  
... einige...  
... worden...  
... sehr...  
... — Die...  
... Wir...  
... es kommt...  
... schafen...  
... verstehen...  
... sich...  
... ohne unvor...  
... Dazu...  
... Aus die...  
... der eigent...  
... Vor allem...  
... das anders...  
... welcher...  
... die...  
... den...  
... mentwir...  
... gierung...  
... kamp...  
... Polizei...  
... gebüh...  
... Reichent...  
... neuen...  
... ist...  
... Einnah...  
... der...  
... Dinge...  
... Commis...  
... den...  
... zu...  
... das...  
... bize...  
... Pflichten...  
... ge...

**Berlin, 3. Juni.** Ueber den Stand der Vorlage, welche sich auf die Erbauung des Reichstagsgebäudes bezieht, sind Meldungen im Umlaufe, als ob die Sache vertagt sei. Das ist nicht richtig. Am 20. Mai erstattete der Ausschuss für Rechnungswesen dem Bundesrath Bericht und legte seinen Antrag vor, welchen der Bundesrath am 23. Mai zum Beschlusse erhob. Nach diesem Beschlusse erklärte sich der Bundesrath mit der Errichtung des Reichstagsgebäudes an der Ostseite des Königsplatzes einverstanden und autorisirt den Reichskanzler, schleunigst mit der preussischen Regierung in Unterhandlung wegen Erwerbes der nöthigen fiscalischen Grundstücke zu treten. Diese Unterhandlung ist im Gange und der Erledigung nahe. Der Bundesrath wird daher bald in der Lage sein, über die weiteren Bedingungen Beschlusse zu fassen. Dann soll der Gesetzentwurf sofort dem Reichstage zugehen. In Bezug auf die Frage, ob auf Grund des vorliegenden Entwurfes der Bau in Angriff genommen oder ob eine neue Concurrenz ausgeschrieben werden soll, wird eine Commission entscheiden, welche aus Mitgliedern des Bundesrathes und des Reichstages zusammengesetzt werden soll. — Gegenüber einem Artikel der ausburger Allgemeinen Zeitung, in welchem darüber geklagt wird, daß bei Besetzung der Stellen im Reichsgericht das Reich „eine ganz räthselhafte Bescheidenheit gezeigt“, die „sehr übel angebracht gewesen“, und daß insbesondere von „Theoretikern“ keiner in das Gericht berufen worden sei, kann erklärt werden, daß die Reichs-Justizverwaltung, welche, lediglich in ihrer Eigenschaft als Landesjustizverwaltung von Elsaß-Lothringen, nur für eine Kathedrale einen Vorschlag zu machen hatte, für deren Besetzung bemüht gewesen ist, einen angesehenen Rechtslehrer einer deutschen Universität zu gewinnen. Diese Bemühungen waren jedoch ohne Erfolg, weil aus persönlichen Gründen eine Berufung abgelehnt wurde.

**N.L.C. Berlin, 3. Juni.** Es ist vielfach die irrige Meinung verbreitet, als seien die bekannten Galen'schen Sätze der definitive Vorschlag, welchen die Tabaksteuercommission dem Plenum des Reichstages machen werde. Dem gegenüber ist daran zu erinnern, daß die Commission sich ausdrücklich eine zweite Lesung vorbehalten hat. Man wird mit Sicherheit annehmen können, daß in dieser zweiten Lesung, in welcher man erst zu der ernstlichen Entscheidung über die Höhe der Steuersätze kommen wird, die national-liberalen Mitglieder der Commission für einen Vorschlag von 60 und 25 M. pro 100 Kilogramm nicht stimmen werden.

Die *Weser-Zeitung* schreibt aus Berlin: „In Centrumskreisen wird man jetzt schon wissen, daß Fürst Bismarck die Herstellung des Friedens mit Rom bis nach der Entscheidung im Reichstage vertagt hat. Heißt es doch auch, Fürst Bismarck habe die letzten aus Rom hierher gelangten Vorschläge zunächst den Ressortministern zur Prüfung überwiesen. Ist das richtig, so beweist es einmal, daß diese Vorschläge werthlos sind, dann aber, daß der Reichskanzler der Curie und dem Centrum gegenüber die bisher geübte dilatorische (hinziehende) Politik fortsetzen will.“

Die *Post* schreibt: „Nach der Kreuzzeitung brachten wir kürzlich eine Notiz darüber, daß das kriegsgerichtliche Erkenntnis in Sachen des Untergangs des Großen Kurfürsten von St. Maj. dem Kaiser nicht bestätigt sei, weil dasselbe freisprechend oder zu mild ausgefallen wäre. Nach nähere Erkundigungen erfahren wir indes, daß nicht diese Ansicht für die Nichtbestätigung maßgebend gewesen, daß vielmehr einige gesetzliche Bestimmungen unrichtig angewendet worden sind, so daß eine Bestätigung des im übrigen sehr gerechten Urtheils nicht erfolgen konnte.“

Die *Germania* schreibt: „Wir haben in der Opposition unsere Prüfung abgelegt, es kommt darauf an, daß wir jetzt die Stellung in der schwebenden Mehrheit richtig aufzufassen und auszufüllen verstehen, daß wir redlich mitarbeiten, soweit es uns möglich ist — ohne eigenständige Zurückhaltung, aber vor allem ohne unvorsichtige Annäherung!“

Dazu bemerkt die *National-Liberale Correspondenz*: „Aus dieser selbstsamen Selbstermahnung erhellt aber zugleich der eigentliche Zweck der heutigen Taktik der Centrumpartei. Vor allem keine unvorsichtige Annäherung!“ — was heißt das anders als „keine Leistung ohne Gegenleistung“? Und welcher Art die Gegenleistungen sein sollen, darüber läßt die *Germania* keinen Zweifel. Sie spricht von „drei bedenklichen Hindernissen“, welche einem „dauernden Zusammenwirken“ von Centrum, conservativer Partei und Regierung noch entgegenstehen. Das erste ist der „Kulturkampf“, das zweite „die Vorliebe der Conservativen für Polizeistaat und Absolutismus in der staatlichen, für ungebührliche Stärkung der preussischen Präponderanz in der Reichsentwicklung“, das dritte „die Höhe der beanspruchten neuen Einnahmen“. Mit den beiden letzten Hindernissen ist es indes nicht allzu ernst zu nehmen. Was die neuen Einnahmen betrifft, so ist nach der *Germania* die Lage der Dinge weniger nach den „eventuellen“ Beschlüssen der Commissionen für die Tabaks- und Branntwein-, als nach den von Windthorst im Plenum abgegebenen Erklärungen zu beurtheilen, und unter diesem Gesichtspunkte versichert das Blatt, daß, wenn man nur das unbedingt Nothwendige fordere, „die bislang reichsfeindliche“ Partei ihre Pflichten gegen Staat und Reich zu erfüllen wissen werde.“

Das zweite Hinderniß würde zu beseitigen sein durch „constitutionelle und liberative Garantien“. In diesem Punkte ist die *Germania* so voller Vertrauen zu dem Fürsten Bismarck, daß sie von seinem „praktischen Sinn“ und seiner „Geschicklichkeit“ die Herstellung der Eintracht zwischen dem Centrum und der Rechten erhofft. Es handelt sich somit nur noch um den „Kulturkampf“. Wie sicher man auch von dessen bevorstehendem Ende sprechen mag, „so bleibt doch immer das große Fragezeichen hinter dem entscheidenden Satze: Sind die Conservativen und ist der Reichskanzler endlich dahin belehrt worden, daß die Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche nicht nach protestantischen oder ungläubigen Begriffen und Theorien, sondern nach ihrem eigenen Wesen und ihren eigenen Lebensbedingungen fixirt werden müssen?“ Das also ist der „entscheidende Satz“, von welchem der dauerhafte Bestand der liberal-conservativen Regierungsmajorität abhängig gemacht wird. Der Kern des Kampfes zwischen Staat und Kirche noch nicht vergessen hat, weiß, was dieser Satz bedeutet. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger als die Anerkennung der Kirche als souveräner Macht neben dem Staate. Um dieses Verlangens willen wurde die Centrumpartei von der Regierung lange Jahre hindurch der Staatsfeindlichkeit beschuldigt. Das Verlangen ist nach wie vor dasselbe geblieben, aber die Regierungsorgane feiern das Centrum heute als eine reichsfreundliche Partei. Und angesichts dieser Sachlage wendet sich die *Provinzial-Correspondenz* an die Liberalen mit der naiven Frage: „Was ist denn geschehen?“

Ein Mitarbeiter der *Magdeburgischen Zeitung* widerlegt die Beschuldigung illoyaler Speculation, welcher das Sperrgesetz ein Ende machen müsse, in Folgendem:

Der Handelsstand macht sich keiner illoyalen Speculation schuldig, wenn er angesichts der drohenden Zollerrhöhung oder Zollerrücknahme Waaren vom Auslande bezieht, ehe die hemmende, die erschwerende Maßregel in Kraft tritt. Der Handelsstand handelt vollständig loyal, wenn er in richtiger Würdigung der voraussichtlich eintretenden Verhältnisse härtere Beziehungen aus dem Auslande macht, und der Vorwurf einer illoyalen, einer illegitimen Speculation ist, um einen aus den Reichstagsdebatten entnommenen Ausdruck zu gebrauchen, ein ganz „schändliches“, entschieden zurückzuweisender Vorwurf. Jeder Kaufmann hat recht gehandelt, der seine hier am Pachtlagernden steuerpflichtigen Waaren verzollt und auf seine Niederlage nimmt, um sich nicht der Verpflichtung auszuweichen, später vielleicht einen höheren Zollfuß für den Centner entrichten zu müssen. Der Vorwurf der Illoyalität, der jeden magdeburger Kaufmann trifft, der seine Colonialwaaren am Pachtlager versteuert und ins Haus genommen hat, beruht, daß augenblicklich der Pachtfuß fast ganz von steuerpflichtigen Gütern geräumt ist, fällt auf den Schützen zurück, der diesen Vorwurf hinausgeschleudert hat.

Die *„Tribüne“* schreibt: „Der Antrag, den die bairische Regierung im Bundesrath eingebracht, daß kein souveräner deutscher Fürst Statthalter in den Reichslanden werden dürfe, ist selbstverständlich durch die Besorgniß hervorgerufen, Preußen werde durch die von ihm projectirte Statthalterchaft sich den Weg zur Annexion bahnen, welche auf das Verhältniß der bairischen Rheinpfalz zu Baiern nicht ohne Rückwirkung bleiben könnte. Wie es gekommen, daß Baiern den gedachten Antrag erst in letzter Stunde gestellt, darüber sind verschiedene Rhythmungen laut geworden. Nach der einen Lesart soll die Aeußerung eines deutschen Diplomaten die bairische Regierung irritirt haben, nach der andern hätte sich fremdländischer Einfluß in dieser Angelegenheit geltend gemacht. Wie dem auch sei, Fürst Bismarck, von dem die Warnungen der französischen Presse, „Elsaß Lothringen an Preußen auszuliefern“, nicht unbeachtet bleiben konnten, und der hieraus seine Schlüsse ziehen mag, setzt jetzt alle Hebel in Bewegung, den bairischen Antrag im Bundesrath schleunigst zu Falle zu bringen, da die neue Verfassung und Verwaltung der Reichslande schon mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten soll. Die preussischen Gesandten in München, Stuttgart, Dresden und den Hansestädten sind angewiesen, die betreffenden Regierungen zur möglichsten Eile anzuspornen in Bezug auf die Instruktionen ihrer Bevollmächtigten. Man glaubt, daß die Hansestädte mit Sachsen und Württemberg für den bairischen Antrag stimmen werden. Daß der Antrag schließlich abgelehnt wird, ist keinem Zweifel unterworfen, und das deutsche Volk wird sich über diese Niederlage Baierns nicht grämen, denn Baiern hat sich durch seine übertriebene Pflege des Militarismus, durch seine Lässigkeit in Wahrung der parlamentarischen Rechte des Volkes im Bundesrath die Sympathien nicht unerheblich verfehrt, die es sich sonst wol leicht hätte erwerben können. Uebrigens wird, wie man uns von anderer Seite schreibt, die Einsprache Baierns in diesem Falle vielleicht zu einer principiellen Erklärung im Protokoll, also gewissermaßen zu einer authentischen Declaration führen; indessen sei auch dies noch zweifelhaft.“

Die *National-Zeitung* schreibt: „Was wir erst nur in der Form eines Zweifels anzudeuten wagten, müssen wir heute als inzwischen wahrscheinlich geworden wiederholen. Der Reichstag wird in spätestens 14 Tagen mit dem wichtigen und tief einschneidenden Gesetz betreffend die Regulirung der Eisenbahngütertarife befaßt werden. Da dieser Entwurf ebensowol wie der über die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens an je eine besondere Commission zu verweisen sein wird, so gewinnt das Arbeitspensum des Reichstages eine gar nicht zu überschende

Ausdehnung. Es ist daher sehr natürlich, daß der Gehanke, in der ersten Julioche eine Vertagung bis zum 1. Sept. eintreten zu lassen, wieder in den Vordergrund tritt.“

Der Commission zur Vorberathung der Bucher-anträge sind von ihrer Redactionscommission folgende Vorschläge unterbreitet:

- §. a) Wer unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit eines andern für ein Darlehen oder im Falle der Stundung einer Geldforderung sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder über gewähren läßt, welche den üblichen Zinsfuß übersteigen, daß nach den Umständen des Falles die Ueberschreitung in auffälligem Mischverhältniß zu der Leistung steht, wird wegen Buchers mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. §. b. Wer sich oder einem Dritten die wucherlichen Vermögensvorteile (§. a) verschleiert oder wechselfähig oder unter Verpändung der Ehre, auf Ehrenwort, eidlich oder unter ähnlichen Versicherungen oder Beteuerungen versprechen läßt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 3000 M. bestraft. Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.
- §. c) Dieselben Strafen treffen denjenigen, welcher mit Kenntniß des Sachverhalts eine Forderung der vorbezeichneten Art erwirbt und entweder dieselbe weiter veräußert oder die wucherlichen Vermögensvorteile geltend macht.
- §. d) Wer den Wucherer gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betreibt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe von 150 M. bis zu 6000 M. bestraft. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. §. e) Zu §. 360, Nr. 12 des Strafgesetzbuches. Diese Bestimmung erhält folgende Fassung: „12. Wer als Pfandleiher oder Rückkaufshändler bei Ausübung seines Gewerbes den darüber erlassenen Anordnungen zuwider handelt, insbesondere den für sie landesgesetzlich bestimmten oder in Ermangelung landesgesetzlicher Vorschriften von der Landesregierung zu bestimmenden Zinsfuß übersteigt.“ Hierauf kommt in Frage, ob noch folgende Bestimmung loco congruo einzustellen sei. Ist jedoch die Ueberschreitung dergestalt erfolgt, daß die Voraussetzungen des §. a vorhanden sind, wobei der bestimmte Zinsfuß dem im Paragraphen erwähnten üblichen Zinsfuß gleich zu achten ist, so treten die Strafbestimmungen des §. a ein.

Die Commission hat vorläufig die §§. a—d angenommen. Die Frage, ob die Beschränkung der Wechselfähigkeit in das Gesetz aufzunehmen, hat die Commission, wie bereits mitgetheilt, mit 7 gegen 6 Stimmen verneint.

Ueber die von den Conservativen eingebrachten Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung hat die Commission zur Vorberathung dieser Anträge folgende Resolution beschlossen:

- I. Auctionsgewerbe betreffend: 1) den Reichskanzler zu ersuchen, daß darüber, ob und wie den Umständen, welche sich bei dem Betriebe des Gewerbes der Auctionatoren ergeben haben, auf legislativem Wege oder sonstwie zu begegnen sei, Erörterungen angestellt und die Ergebnisse dem Reichstage demnächst mitgetheilt werden; 2) damit den Antrag der Abg. v. Seydewitz und Genossen für erledigt zu erklären.
- II. Wanderverlager und Waarenauctionen im Umherziehen betreffend. In Erwägung des Umstandes, daß nach den von den Vertretern der Regierung abgegebenen Erklärungen beabsichtigt wird, den Tit. 3 der Gewerbeordnung einer Revision zu unterwerfen und dabei die Fragen über die Wanderverlager und Waarenauctionen im Umherziehen mit zur Erledigung zu bringen, wird beantragt: 1) den Reichskanzler zu ersuchen, daß die in Aussicht gestellte Vorlage dem Reichstage in der nächsten Session zu gestellt werde; 2) die Anträge der Abg. v. Seydewitz und Genossen als Material zu überweisen.
- III. Communalsteuerung der Wanderverlager betreffend. In Erwägung des Umstandes, daß nach den Erklärungen der Vertreter der Regierungen dermal noch Erörterungen über die Besteuerung der Wanderverlager schweben, wird beantragt: 1) das Ergebnis der Erörterungen dem Reichstage in der nächsten Session mitzutheilen; 2) insoweit die Reichsgesetzgebung die Heranziehung der Wanderverlager zu den Gemeindefiscalen an dem Orte, in welchem dieser Gewerbebetrieb ausgeübt wird, unmöglich machen sollte, die entsprechenden Abänderungen auf legislativem Wege herbeizuführen.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages hat bei der Prüfung der Wahl im 13. elsass-lothringischen Wahlkreise (des Abg. Notar Lorette) sich über gewisse dagegen eingegangene Proteste dahin ausgesprochen:

Was die Proteste und die dem Reichstage in dieser Sache sonst noch zugegangenen Schriftstücke anbelangt, so sind dieselben in französischer Sprache abgefaßt. Die Geschäftssprache des Deutschen Reichstages ist aber die deutsche und sind deshalb die in einer andern Sprache abgefaßten an den Deutschen Reichstag gerichteten Schriftstücke zur Berücksichtigung nicht geeignet.

Die Wahlprüfungscommission beantragt des fernern, die Wahl des Barons v. Arnswald im 5. hannoverschen Wahlkreise (Nelle) zu beanstanden; v. Arnswald ist welfischer Hospitant des Centrums. Der Antrag der Commission gründet sich auf einen vom national-liberalen Wahlscomité eingereichten Protest, in welchem neben erheblichen Unregelmäßigkeiten mehrfache unter Mißbrauch der Kanzel seitens evangelischer Geistlichen geübte Wahlbeeinflussungen gegen die Wahl geltend gemacht werden. Gleichzeitig beantragt die Commission, den Reichskanzler um Anordnung der erforderlichen gerichtlichen Erhebungen zu ersuchen.

Der Geh. Legationsrath Pothar Bucher ist nach Paris zu einem achtägigen Aufenthalt abgereist.

Ueber die bisher vom Reichs-Patentamt ertheilten Patente liegen von seiten des Vorstehenden,

Wirkl. Geheimrath Dr. Jacobi, interessante Mittheilungen vor. Es heist darin:

Für die Zeit vom 1. Juli 1877 bis zum 31. Dec. 1878 sind bereits 4390 Patente erteilt, eine Zahl, welche alle Erwartungen der im voraus angestellten Berechnungen weit übersteigt hat. In dieser Beziehung wäre also kein Mangel. Indessen dies genügt nicht. Wichtigere als die Zahl ist das Material. Soll überhaupt das Patentwesen mehr bedeuten als das Ertheilen einzelner Patente, als die Befriedigung von Einzelinteressen, so müssen wir von dem Zahlen zu dem Wesen fortschreiten, wir müssen prüfen, ob und inwieweit die gehegten Erwartungen in Erfüllung gegangen sind. Eine große Zahl dürftiger, werthloser Patente ist für die Gesamtinteressen eher hemmend als fördernd. Vor allem weitgehender Befassung mit solchen Acten schadet die weisse Bestimmung des Gesetzes, wonach die Gebührenzahlung alljährlich erfolgt und bei Ausbleiben der Zahlung die Patente erlöschen. Der Patentinhaber wird auf diese Weise zu einer wiederholten eigenen Werthprüfung veranlaßt. Infolge dessen sind in der That bereits etwa 7 Proc. jener in Deutschland erteilten Patente wieder erloschen und die Prozentzahl wird sich mit den Jahren erheblich steigern. Es ist ein natürliches, wenigstens entschuldbares Begehren der Gewerbetreibenden aller Länder, möglichst viel Patente zu besitzen, und es besteht die freilich oft irrthümliche Meinung, daß schon die bloße Thatsache, sich auf ein erteiltes Patent berufen zu können, geschäftliche Vorteile gewähre. Die Geschichte beweist, wie oft die bedeutendsten Erfindungen verkannt, andere mit bedeutender Reclame in Scene gesetzte Neuerungen in kurzer Zeit verschollen sind, wie sich zuweilen ein großartiger Gedanke aus Mangel an praktischer Ausführbarkeit verblutet hat und eine andere Erfindung erst durch Hinzuhilfen geringfügiger Pflanzmittel zu einer ganzen Industriezweige erschütternden Bedeutung gebracht ist. Ein Urtheil über den Werth einer Erfindung ist daher auch dem Patentamt nicht anzutragen, und nicht nur das deutsche Gesetz, sondern die Gesetze aller Länder haben von einem derartigen Ansuchen an die Patentbehörden abgesehen. Nur die Neuheit sollte bei der Patenterteilung geprüft werden. Nach allem läßt sich der Uebelstand nicht beseitigen, daß wir einer großen Zahl solcher Patente gegenüberstehen, die eine erhebliche Bedeutung nicht für sich in Anspruch nehmen können.

Man schreibt dem Karlsbader Badeblatte Sprudel aus Berlin: „Seit drei Wochen steht bereits in einer österreichischen Druckerlei der Satz einer neuen Broschüre Arnim's über die Zollpolitik des Reichskanzlers, zu der Rudolf Meyer, der frühere »Wächter an der Spree« und Freund Wagner's, Gevatter stand, druckfähig.“

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurde das Verbot der im Verlage der Volksbuchhandlung zu Pottingen-Büch 1879 erschienenen nicht-periodischen Druckschrift »Die Frau und der Socialismus. Von August Bebel.« auch auf diejenigen Exemplare dieser Druckschrift erstreckt, welche unter einem Deckelumschlag mit der Titelaufschrift »Engel, Statistik. Fünftes Heft« verbreitet werden. Ferner wurde verboten das photographische Gruppenbild, darstellend die Porträts der 24 Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit Beifügung ihrer Namen und mit der Unterschrift: »Bervielfältigungsgerecht vorbehalten. R. P. Reinders, Breslau, Stodgasse 15.«

Mit Bezug auf die Seeschlacht von Iquique, wo die beiden chilenischen Holzschiffe Esmeralda und Covadonga, eine Corvette und ein Schoner, von den Peruanern angegriffen mit der Panzerschiff-Independencia und dem gepanzerten Widdergeschiff Quascar, die Panzerschiffe in den Grund bohrten, bemerkt ein Artikel der Kölnischen Zeitung: »Daß ein modernes Panzerschiff so leicht von dem viel schwächeren Feinde in den Grund gehohlet werden konnte, wird nur dem räthselhaft erscheinen, der nicht weiß, wie zart und verleglich eben diese Panzerschiffe sind, sobald sie in geeigneter Weise unter dem Wasserpiegel angerannt werden. Ist doch während der Schlacht von Lissa der Panzerkoloß R. d'Italia auf dieselbe Art von einem österreichischen Holzschiffe gerammt worden.«

Preußen. Die Posener Zeitung schreibt: »Daß die zahlreichen in unserer Provinz stattfindenden »Wallfahrten« und Pilgerfahrten nach den sogenannten Wallfahrtsorten einen tief demoralisirenden Einfluß auf das polnische Landvölkchen ausüben müssen, weil bei solchen Gelegenheiten nicht nur die Trunksucht, sondern auch der Hang zu unsittlichen Ausschweifungen angeregt wird, ist eine längst bekannte Thatsache. Ähnliche Erscheinungen haben denn auch, wie unschwer vorauszusehen war, bei der großartig ausposaunten »Kraauer Pilgerfahrt« stattgefunden, und zwar hat sich der süße ultramontane Pöbel in seiner Stäufeligkeit zu derartigen Excessen und Ausschweifungen versiegen, daß es selbst der ultramontanen Presse, die doch über derartige Dinge sonst gern den Mantel der christlichen Liebe breitet, diesmal zu arg wird, und ein hiesiges kirchliches Blatt, der Sonie Wielkopolski, mit anerkennenswerther Offenheit über die erbaulichen Scenen, die sich bei der großen Stanislaus-Nationalfeier in Kraau abspielten, Klage führt. Das Blatt gesteht, daß die von Kraau in unsere Provinz zurückgekehrten Personen sich gar nicht genug über die Sittenlosigkeit und die »nahezu thierische Unanständigkeit« wundern könnten, welche die aus Galizien zusammengeströmten »Pilger« in Kraau zur Schau getragen hätten. Die Geistesfreiheit aber sei an dieses unmoralische Betragen anscheinend schon berartig gewöhnt, daß sie daran gar

nichts mehr auszuweisen finde. Sehr zahlreich sollen, wie der Sonie Wielkopolski ferner bemerkt, die Fälle gewesen sein, wo die andächtigen Pilger einander die Taschen plünderten. Einem Geistlichen wurde sogar, während er Beichte hörte, eine Tabakdose gestohlen. Im Gewähr wurden schließlich mehrere Personen buchnäßig todtgedrückt.«

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 2. Juni. Der meiningener Landtag hat bei der fortgesetzten Etatsberathung die Befolgung des Staatsministers auf 12000 M. nicht acceptirt, dieselbe vielmehr auf 11500 M. festgesetzt, ingleichen wurden die Gehälter der Ressortchefs und vortragenden Räte etwas niedriger wie proponirt eingestellt, dagegen die Ansätze für die Landräthe mit 4500—5500 M. genehmigt. — In Koburg ist eine vom dortigen Magistrat beschlossene Verordnung auf Erhöhung der Hundsteuer von der Regierung nicht genehmigt worden. — In Eisenach ist vorgestern Nachmittag der Cultusminister Dr. Falk angekommen und hat gestern die Wartburg und die sonstigen sehenswerthen Punkte der herrlichen Umgebung Eisenachs besucht; heute früh ist derselbe wieder abgereist. Er hat seine Ausflüge sehr schlicht zu Fuß ausgeführt. — Die Fuldabahn ist vorgestern bis Lengsfeld für Güter- und Pflingstverfehr eröffnet; ein Regierungscommissar nahm zuvor die Strecke ab.

Baieru. Aus München schreibt man der Freihandels-Correspondenz:

In einer ihrer letzten Sitzungen hatte die Handels- und Gewerbesammer für Oberbairern in München über verschiedene Petitionen für und gegen Holzölle Beschluß zu fassen, welche ihr von den resp. Petenten zur Unterstüßung unterbreitet worden waren. Einstimmig versagte die Kammer diesen Petitionen ihre Unterstüßung, doch nicht ohne sich dabei ebenso einmüthig gegen die vorgeschlagenen Holzölle auszusprechen. Ein schußjülicher Mitglied der Kammer fragte, ob dem deutschen Gewerbe dadurch etwas genützt werden solle, daß man ihm das Rohmaterial vertheuere? Er constatirte, daß die Eisenholzproduction Deutschlands eine für den Bedarf der deutschen Parketboden- und Klebstoffindustrie völlig unzulängliche sei, daß letztere galizisches Eisenholz in Menge brauche und gar nicht entbehren könne, daß ihr Exportgeschäft, namentlich nach Oesterreich-Ungarn hin, auf ein Minimum reducirt werden würde, wenn man ihr das Rohmaterial vertheuere. Eine Waggonladung Eisenholz (geschnitten) kostet 700 M., die Fracht dafür von Galizien nach München 600 M. — ob darin noch nicht genug Holzölle liege? Er wolle seinerseits, daß die Landwirthschaft geschützt werde, aber das, meinte er, werde sicher nicht dadurch erreicht, daß wir ein Rohmaterial nicht frei einlassen und verzollen wollen, welches wir nothwendig brauchen, welches wir in ganz unzulänglicher Quantität produciren und welches, um kräftig und brauchbar zu werden, zu seinem Wachsthum ein halbes Jahrtausend braucht. Vernünftiger wäre es, so versicherte der Redner Schreinermeister Raier, zum Schluß, auf galizisches Eisenholz eher Einfuhrprämien zu zahlen, statt es mit Einfuhrzöllen zu belasten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Mai. Die jüngst mit der Pforte abgeschlossene Convention besagt im Anhange, daß Oesterreich zunächst einige Grenzpunkte des Districts Nowibazar am Lim, der südlichste derselben ist Bjelopolje, besetzen werde. Diese Action soll nunmehr durchgeführt werden. Es sollen mit dieser Befestigung keineswegs neue militärische Pivots gegen Serbien oder Montenegro gewonnen werden, vielmehr hat sie den Zweck, Uebelständen zu beseitigen, welche sich an der Grenze der Herzegowina durch Agitationen fanatischer Mohammedaner herausgebildet haben und welche unter Umständen die militärische Stellung unserer Truppen in Bosnien und der Herzegowina bedrohen könnten. Die Pforte selbst hat sich alle Mühe gegeben, den Arnauten jeden Versuch eines Wiederstandes gegen den österreichischen Einmarsch auszureden, und so ist dann die Hoffnung nicht unberechtigt, daß die 4—5000 Mann österreichischer Truppen, die zur Occupation der Linlinie angewendet werden, ihr Ziel ohne erheblichen Widerstand erreichen werden.

Ueber den verstorbenen Staatsminister a. D. Dr. Gistra tragen wir zu unserm gestrigen Nekrologe noch folgende biographische Einzelheiten nach:

Gistra war geboren am 29. Jan. 1820 zu Mährisch-Trübau, Sohn eines Gerbermeisters. Schon früh zeigte er eine hervorragende Begabung. Mit 20 Jahren hatte er das philosophische, mit 23 das juristische Doctorat erworben. Im Jahre 1844 trat er bei der damaligen Hofkammerprocuratur in den Staatsdienst und ward im Jahre darauf zum Assistenten, 1846 zum supplirenden Professor der Staatswissenschaften und politischen Gesetzlehre in Wien ernannt. Am 15. Mai 1848, dem Tage der Sturmperpetation, war Gistra einer der Hauptwortführer und sollte infolge dessen seines Amtes enthoben werden. Inzwischen wählte ihn seine Vaterstadt Mährisch-Trübau in das Frankfurter Parlament, worauf er seine Docententstelle freiwillig aufgab. Im Frankfurter Parlament legte er bei mehreren Gelegenheiten eine feurige Beredsamkeit an den Tag. Anfänglich Mitglied des linken Centrums (Württembergers Hof), ward er nach dem Hervortreten der »österreichischen Frage« der leidenschaftlichste Parteigänger der unter Schmerling's Führung gebildeten Oesterreich-großdeutschen Fraction. Dennoch war er in Oesterreich sehr verehrt, und mußte froh sein, während der fünfziger Jahre als Conciptent des Advocaten Dr. Wählsfeld zu Wien, eines frankfurter Kollegen, unterzukommen, bis ihm endlich 1859 die Zulassung zur Advocatur zugethan wurde. Im Jahre 1860 erhielt Gistra eine Advocatur zu Brünn. Dort wurde er in den

Gemeindeausschuß, darauf in den mährischen Landtag, von diesem 1861 in das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes gewählt, wo er bald zu den bedeutendsten Vorkämpfern der liberalen Partei gehörte. Im Jahre 1866 bekleidete er neben seiner Advocatur das Amt eines Bürgermeisters von Brünn und war geneigt, zu dem preussischen Hauptquartier, das sich lange in dieser Stadt befand, in lebhafteste Beziehungen zu treten. Hier benahm er sich musterhaft; ohne seiner Würde als Mann und seinem Stolze als Oesterreicher etwas zu vergeben, schickte er sich in die schwere Lage, in welche er versetzt war, so gewandt, daß es ihm gelang, einerseits der von ihm verwalteten Stadt die Lasten, welche sie zu tragen hatte, möglichst zu erleichtern, andererseits sich das volle Wohlwollen des Königs Wilhelm und des Prin. v. Bismarck zu erwerben. Daß er bei dieser Gelegenheit berufen wurde, auch eine diplomatische Rolle zu spielen, sollte man erst nach Jahren erfahren. Am 30. Jan. 1871 erzählte er in der Sitzung der österreichischen Delegation, daß Dr. v. Bismarck ihm den Wunsch nahe gelegt habe, nach Wien zu gehen und dort Friedensvermittlungen anzubahnen. Die Grundlagen wurden dahin skizzirt, daß der Länderbestand Oesterreichs mit Ausnahme von Venetien ungeschmälert bleibe, daß keine Reichsentscheidung gegolte werde, daß Preußen den von ihm zu gründenden Bund bis an die Mainlinie erstreckte, Süddeutschland völlig freilasse und jede Rebellion Frankreichs ausgeschlossen bleibe. Anstatt des Dr. Gistra, der die von ihm verwaltete Stadt nicht verlassen wollte, übernahm der Präsident der Handelskammer Dr. v. Herring diese Mission, scheiterte aber an dem Mißtrauen des Grafen Moriz Esterházy und des Ritters Bernhard v. Meyer. Im Mai 1867 ward Gistra Präsident des Abgeordnetenhauses und am Schluß dieses Jahres erhielt er das Ressort des Innern in dem »Bürgerministerium«. Seine consequente Weigerung, die Wahlreform zu vertagen, war der Hauptanlaß zur Sprengung des Ministeriums. In den folgenden Jahren versel er dem Erhaltungsgeschwind. Mehr noch, als seine »Theilnehmungen« selbst, schadete ihm in der öffentlichen Achtung die dreiste Art, in welcher er dieselben zu verteidigen suchte. Er war längere Zeit hindurch ein politisch todter Mann, und wenn er in dem letzten Jahre wieder etwas mehr in den Vordergrund trat, so hat er es nie auch nur annähernd wieder zu der alten Bedeutung bringen können.

Ueber die letzte Zeit seines Lebens berichtet die Neue Freie Presse:

Den Todeskeim holte sich Gistra allem Vermuthen nach im Februar v. J. in Budapest, wo er sich anlässlich der Delegationsoverhandlungen befand. Hier hielt er auch seine letzte große Rede. Kaum war er nach Wien zurückgekehrt, voll von Plänen, um die Ablehnung des Berliner Vertrages ins Werk zu setzen oder mindestens ein eclatantes Mißtrauensvotum für die Regierung zu Stande zu bringen, als die Symptome eines Herz- und Nervenleidens zu Tage traten. Es hatte sich bereits eine acute Krankheit bemerkbar gemacht, als eines Abends der Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses eine entscheidende Sitzung hielt, in der eine einzige Stimme den Ausschlag geben konnte. Auf der Straße wüthete ein eisalter Schneesturm. Gistra achtete jedoch nicht der Gefahren des Wetters, raffte alle seine Kräfte zusammen und schleppte sich in das Abgeordnetenhaus. Seine Stimme entschied das Botum des Ausschusses; mit einem Erfolge gekrönt, kehrte er spät am Abend nach Hause zurück; das Uebel jedoch, welches ohne die bis ins Extrem gelübte Pflichterfüllung vielleicht für längere Zeit gebannt worden wäre, verschlimmerte sich von da ab, und Gistra hatte viele Tage hindurch arg zu leiden. Er legte sein Mandat für die Delegation nieder, gehörte auch nicht zu den »Hunderttausend«, welche gegen den Berliner Vertrag stimmten. Im März traten im Zustande Gistra's wiederholt Besserungen und Verschlimmerungen ein. Seine Nervosität steigerte sich zuweilen zu Ueberreizungen des Geistes, welche die ernstesten Besorgnisse wachriefen. Sein überaus reges Denken ward ihm zur Gefahr. Er mußte von jeder geistigen Anstrengung zurückgehalten werden und wurde von seiner Gattin aufs sorgsamste gehütet und überwacht. Gab es einen unbewachten Augenblick, so sprang der Kranke aus dem Bette zum Arbeitsische, von wo er nur mit Mühe fortzubringen war. Doch es trat wieder eine Wendung zum Bessern ein. Die Krankheit schien zu schwinden, und Gistra erschien so weit hergestellt, daß er den Pflichten als Referent über den Voranschlag für das Ministerium des Innern wenigstens theilweise nachkommen konnte. Das Budget des Ministeriums des Innern wurde nach seinen schriftlichen Anträgen erledigt, und seine Berichte wurden unverändert in Druck gelegt. Wie natürlich, bekundete Gistra, obwohl aus Krankheitsbetreff gefesselt, bis zum Auseinandergehen des Abgeordnetenhauses an allen das letztere betreffenden Ereignissen das regste Interesse. Das Programm der Occupationsgegner trägt auch seine Unterschrift. Im April begab sich Gistra mit seiner Familie nach Baden. Man hoffte, obwohl die Kräfte ihre Bedenken nicht verhehlten, doch, daß der Landaufenthalt die vollständige Genesung herbeiführen werde. Leider erwies sich alle Hoffnungen bald als ungerechtfertigt; die Kräfte erlankten, daß die steigende Manneskraft vollends gebrochen und deren gänzliches Schwinden nur mehr eine Frage der Zeit sei. Man constatirte neben einem organischen Verleiden die Bright'sche Nierenkrankheit in hochgradiger Entwidlung. Samstag vormittags sprach Gistra noch bei vollem Bewußtsein mit seiner Umgebung; nachmittags um 5 Uhr, als Dr. Feiler aus Krankenlager gerufen wurde, war jedoch vollständige Bewußtlosigkeit eingetreten. In diesem Zustande hielt Gistra eine politische Rede, welche mit den Worten schloß: »Ich bin fertig.« Sonntag um 1 1/2 Uhr morgens hauchte er ohne die geringste Empfindung des Todesampfes den Geist aus. Er starb an Lungenödem.

Schweiz.

In seinem Jahresbericht über das letzte Jahr spricht sich das eidgenössische Justizdepartement über das Flüchtlingswesen dahin aus: »Gegen Ende des Jahres 1878 haben sich in einigen Cantonen gewisse Erscheinungen politischer und internationaler Natur gezeigt, die unsere besondere Aufmerksamkeit erforderten. Namentlich erschienen in den Cantonen Zürich, Genéve und Tessin politische Flüchtlinge aus Deutschland, Italien und Spanien, die, wenn auch nicht unter sich

verbunden, und sociale Folge des Hungers werden von der zur Ausfüllung gebung verbundenen scheinlich, Anhänger nale nach agitatorisch gegen die fortzusetzen lizeiparteien thurn, Bas Neuenburg Standpunkt behörden die In Uebereinstimmung mit den politischen Fäll dahin aus einen Seite Flüchtlinge, schmalern, durch Schri Beziehungen werden kön

\* Paris die Gewisslich für un alle moralis der Annehm es weiter: die Sache Die Regier Willen daß zu gehen, in nestie blei urtheilte. Nordbrenn die Leiter mune. Di melden und Wahlen un gnabigen; man diesen zurückstren nestie wird zeigt man der Wiene nicht, so Begnabigungierung die so sei dami hohen Alter gegenwärtig ungeselliger obgleich, wi Die A in Konsta mentaren schreibt dar delicate als welche For griechischen Antheil wi Vertreter d die Vertheid nahm, und des Minist der Hohen Collegen A des 13. P fändigen; Vertrauen. Auswärtige Die P pathien so mögen, so cretion. G unser Kuhn alteten Do anderes zu in diesem Dem Beschluß zu dem Kirch nungsa pp Columbari brennung n gegen Beja Ache enthal

Großbritannien.

+ London, 2. Juni. „Was für Ansichten verschiedene Parteien Englands auch betreffs der russischen Politik im Orient haben mögen“...

— Aus London vom 31. Mai schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Nach neuern Berichten vom Cap hat Ketschwayo nicht den Plan, durch einen Busch- und Guerrillakrieg den Kampf fortzuführen...“

Belgien.

Aus Brüssel vom 1. Juni wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „Am 28. Mai hatte vor dem Zuchtpolizeigericht zu Antwerpen der ehemalige Director der Afrikanischen Handelsgesellschaft in Rotterdam, Kerdyck, sein erstes Verhör und sagte aus, er sei mit dem festen Entschlusse, sich das Leben zu nehmen...“

Rußland.

Aus Petersburg vom 31. Mai berichtet man der Neuen Preussischen Zeitung: „Vorgestern begab sich der Großfürst-Thronfolger nebst Gemahlin und Gefolge von Peterhof, woselbst derselbe seinen Sommeraufenthalt genommen, zu Wagen nach Oranienbaum...“

verbunden, doch zum größern Theil auf politischem und socialem Gebiet verwaunden Zielen zustreben. Infolge des deutschen Reichsgesetzes gegen die Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. Oct. 1878...

Frankreich.

\* Paris, 2. Juni. Das Journal des Debats spricht die Gewissheit aus, daß die Wahl Blanqui's sicherlich für ungültig erklärt werden würde, und es legt alle moralischen und politischen Gründe dar, die sich der Amnestirung Blanqui's widersetzen.

Die Abreise des französischen Votchschafters in Konstantinopel, Hrn. Fournier, gibt zu Commentaren Veranlassung. Die République française schreibt darüber: „Unser Votchschafters wird eine ebenso delicate als wichtige Mission zu erhalten haben, und welche Form auch die Mediation der Votchschafters im griechischen Zwist annehmen wird...“

Die Liberté ihrerseits schreibt: „Welche Sympathien auch Frankreich mit Griechenland verbinden mögen, so erheischen unsere Interessen die größte Discretion. Hr. Fournier muß sich nicht einbilden, daß unser Ruhm darin besteht, die Heldenthaten eines veralteten Donquixotismus zu erneuern...“

Dem pariser Gemeinderath liegt folgender Beschluß zur Berathung vor: „Art. 1. Es wird auf dem Kirchhof Pere-Lachaise ein Leichenverbrennungsapparat nach dem System Siemens und ein Columbarium hergestellt. Art. 2. Die Leichenverbrennung wird allen Familien, die darum einkommen, gegen Bezahlung gestattet. Die Urnen, welche die Asche enthalten, werden auf dem Kirchhofe aufbewahrt.“

Orden entwendet worden. Sehr wichtige Schriftstücke hat man nicht gestohlen, da dieselben nicht in der Wohnung, sondern in der deutschen Postkammer aufbewahrt wurden. Der Diebstahl geschah am Tage während der Abwesenheit des Majors und seiner beiden Diener und ist mit großer Ordnung auszuführen. Die sofortigen Nachforschungen der Polizei waren bisher ohne Erfolg.“

Königreich Sachsen.

Zwei Stimmen aus dem Lande in der Getreidezollfrage.

\* Leipzig, 4. Juni. Gleichzeitig erhalten wir von zwei verschiedenen Seiten her aus Sachsen zwei Zuschriften über die Frage der Getreidezölle, die sich in direct entgegengesetztem Sinne aussprechen. Beide Brieffschreiber gehören seit lange und ohne Wanken der national-liberalen Partei an; beide sind praktische Landwirthe vom ehrenwerthen Stande der Bauern; beide sind uns als tüchtige Landwirthe und überhaupt als intelligent bekannt.

Als Freund mäßiger Schutzzölle, solange andere Staaten solche erheben, kam ich manchmal beim Lesen der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Zweifel, ob der bewährte National-liberale Professor Biedermann wirklich auf rechter Bahn sei. Wenn, wie ich anerkenne, die Gegner und Freunde des Schutzzolls in Ihrem Blatte sprechen lassen, so gefiel mir das sehr; nur hätte ich gern gesehen, wenn die Freihandelspartei von dem aufgeklärten Leipzig aus nicht gar so sehr in Schutz genommen und spezialisch von „Bauernbriefen“ gesprochen, überhaupt, wie es die Freihändler lieben, geringschätzend über die Landwirtschaft geurtheilt worden wäre. Ich habe im vorigen Jahre vorausgesetzt, daß die national-liberale Partei an Haupt und Gliedern verlieren werde, wenn sie unserm großen Bismarck in solchen volkswirtschaftlichen Fragen entgegenetrete, wo der allergrößte Theil des Volkes mit ihm einverstanden ist, darüber nämlich, daß Deutschland nicht der Tummelplatz einer wilden Speculation sein und bleiben dürfe. Die Zollfrage stand so mäßiger Art, daß die National-Liberalen wol bestimmen könnten. Mit Freuden lese ich übrigens auf S. 991 der Deutschen Allgemeinen Zeitung, daß Sie nicht ein Gesetz zu Falle bringen lassen wollen, das für Deutschlands festen Halt von unberechenbaren Folgen sein wird. Solte dieses Gesetz fallen, worauf dann gewiß die Auflösung des Reichstages vor sich gehen würde, dann möchte wol die national-liberale Partei, welche beim Bolle als Freihandelspartei gar nicht beliebt ist, beim nächsten Reichstage sehr geschwächt auftreten. Bismarck dagegen würde wol eine Mehrheit erlangen, wie sie niemand ahnt. Ich würde es bedauern, wenn diese große Partei, der ich so gern mich zuzähle, immer mehr und mehr verlore; allein ich glaube, sie ist meist selbst schuld daran. Denn ich halte den Freihandel für durchaus nicht national. Daß Bismarck so volkstümlich geworden ist, begrüße ich mit großer Freude; es trägt dies zur Festigung des Deutschen Reiches bei. Daß Sie gegen die Antiformliga Bedenken äußern, freut mich, weil dies ganz bestimmt eine Städteliga werden würde, die Stadt und Land entzweien, aber nicht zusammenhalten möchte, was doch so nothwendig ist.

Folgen Personalien, von denen nur erwähnt sei, daß der Brieffschreiber sich innerhalb der national-liberalen Fraction zu Hrn. v. Bennigsen hält.

Dies der eine Brief, der aus dem Erzgebirge kommt; der zweite datirt sich selbst „aus den Glantzer'schen Wahlbezirke bei Oschatz.“ Er lautet:

Ich habe mich immer gewundert, daß die Landwirtschaft an einer großen Krise leiden soll; ich habe geglaubt, es könnte das gar nicht möglich sein, oder höchstens möchte dies bloß anderwärts so sein; nach Hrn. Glantzer's Rede finde ich mich aber veranlaßt, zu constatiren, daß es bei uns mit der Landwirtschaft so schlecht denn doch nicht steht. Noch nie sind die Bauerwälder so theuer bezahlt worden wie dieses Jahr; es sind hier noch stückweise zwei Bauerwälder in der Nähe verkauft worden, eins mit 60 Ader, wo der Ader mit 1825 M., eins mit 105 Ader, wo der Ader mit 2000 M. bezahlt worden. Hr. Glantzer mußte doch wissen, daß in seinem Wahlkreise die Pachtrente auch nicht billiger geworden ist; ganz in seiner Nähe sind ein Bauergut und ein Rittergut, das eine die Peltare für 144 M., das andere ebenso für 129 M. verpachtet worden. Hr. Glantzer brauchte nicht durch Deutschland zu reisen, er brauchte nur von Riesa nach Döbeln zu fahren, also größtentheils durch seinen eigenen Wahlkreis, da konnte er sich überzeugen, daß die Landwirtschaft die Schutzzölle nicht braucht. Es sind voriges Jahr in dieser Gegend drei Bauerhöfe aus freier Hand gebaut worden, von denen der eine 75000 M., einer sogar 180000 M. zu bauen gekostet hat — wahre Luxusbauten! Daß die Getreidepreise hier ein paar Jahre lang niedrig waren, daran war nicht bloß fremde Concurrenz schuld, sondern wir hatten zwei große Ernten, 1877 und 1878; heuer wird die Ernte nicht so ausfallen. Das sette

\*) Von seiten der Redaction selbst gewiß nie! Aber auch in den freihändlerischen Auffäßen von anderer Seite her, soweit sie hier Aufnahme gefunden, ward nur gegen die Uebertreibungen einer künstlichen Agitation zum einseitigen Vortheil der Landwirtschaft und gegen die Vernachlässigung bäuerlicher Stimmen zu diesem Zwecke von seiten der Großgrundbesitzer (obwohl deren Interesse und das des Bauernstandes gewiß oft weit auseinandergeht), nicht gegen diesen letzten so achtungswerthen Stand selbst, nicht gegen das so hochwichtige Gewerbe der Landwirtschaft an sich polemisiert.

\*\*) Einsender meint wol unsern Artikel „Die Finanzpläne des Reichsanwalters.“





Leipziger Börse.

4. Juni.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche Anl. 1877, K. S. Renten, and others.

Table of various stocks and securities, including Berlin-Görlitzer, Berlin-Potsdam, and others.

Table of Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway shares) including Altona-Zeitza, Chemn.-Aun.-Adorf, etc.

Table of Bank- u. Credit-Actien (Bank and credit shares) including Allg. D. Cr.-A., Berl.-Disc.-Ges., etc.

Table of Industrie-Act. Prioritäten (Industrial shares) including Chemn.-A.-Spinnerei, Zimmernann, etc.

Table of Ansländische Fonds (Austrian bonds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, etc.

Table of Inl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Domestic railway bonds) including Altona-Zeitza, Altona-Kieler, etc.

Table of Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Foreign railway bonds) including Ansig-Teplitzer, do. II., etc.

Table of Kohlen-Act. u. Prior. (Coal shares) including Braunkohlen-Actien, Steinkohlen-Actien, etc.

Table of Ansländische Fonds (Austrian bonds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, etc.

Table of Ansländische Fonds (Austrian bonds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, etc.

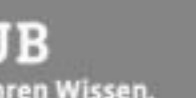
Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various notices and advertisements.

Alle Erwartungen übertreffen die zahlreichen aus dankenswerten Herzen stammenden Zuschriften glücklich Geheilten, wie solche in dem Gratis-Auszuge aus Dr. Kitz's Naturheilmethode zu lesen sind.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig. Donnerstag, 5. Juni. Der Rattenfänger von Hameln. Oper in 5 Acten von Victor E. Reffler.



Wir führen Wissen.

MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

Wir machen hierdurch bekannt, dass wir in unserem Detail-Geschäft Shirlings, Chiffons und Hemdentuch (Dowlas)

in ganzen Stücken von circa 60 Metern und halben Stücken von circa 30 Metern zum Verkauf bringen. Einzeln Meter werden nicht abgegeben.

Da es Thatsache ist, dass man diese Artikel in ihrer Qualität nur dann beurtheilen kann, wenn man sie gewaschen hat, weil jetzt das vollendete deutsche Appreturverfahren selbst geringe Qualitäten für das Auge schön ausstattet, so werden wir den Damen, welche sich für unsere Artikel interessieren sollten, nicht allein die Waare im appretirten Zustande, sondern auch ausgewaschene Proben vorlegen lassen, wodurch die vorzügliche Qualität sämtlicher Nummern sofort klar bewiesen wird.

Verkauf nur per Cassa und ohne jedweden Abzug. MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

Das Soolbad Sulza

Station der Thüringer Bahn [1024-35]

ist von Anfang Mai d. J. eröffnet. Auskunft über die Mineralquellen, Currichtungen, Wohnungsverhältnisse erteilen die Bediente Dr. Sanger und Dr. Schenk. Die Badedirection. (H 31964)

Verlag von F. J. Brockhaus in Leipzig.

Die jüdischen Frauen in der Geschichte, Literatur und Kunst. Von M. Kayserling.

8. Geh. 7 M. Geb. 8 M. 50 Pf.

Der bekannte Verfasser bietet hier eine auf gründlicher Quellenforschung beruhende Galerie der Frauen jüdischen Stammes aus alter und neuer Zeit, welche vermöge ihrer Lebensstellung oder ihres Wirkens und Duldens der Geschichte angehören, sowie solcher, die auf dem Gebiete der Literatur und Kunst Bemerkenswertes geleistet haben.

Leipziger Tagekalender vom 5. Juni.

Eisenbahnfahrten.

Leipziger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Görlitz. Abf. Leipzig 4, 15, 25, 35, 45, 55, 65, 75, 85, 95, 105, 115, 125, 135, 145, 155, 165, 175, 185, 195, 205, 215, 225, 235, 245, 255, 265, 275, 285, 295, 305, 315, 325, 335, 345, 355, 365, 375, 385, 395, 405, 415, 425, 435, 445, 455, 465, 475, 485, 495, 505, 515, 525, 535, 545, 555, 565, 575, 585, 595, 605, 615, 625, 635, 645, 655, 665, 675, 685, 695, 705, 715, 725, 735, 745, 755, 765, 775, 785, 795, 805, 815, 825, 835, 845, 855, 865, 875, 885, 895, 905, 915, 925, 935, 945, 955, 965, 975, 985, 995, 1005.

Dobritsch-Berlin; Kottbus-Guben-Grünberg; Sorau-Sagan-Breslau; Elba-Posen; Abf. Leipzig 4, 15, 25, 35, 45, 55, 65, 75, 85, 95, 105, 115, 125, 135, 145, 155, 165, 175, 185, 195, 205, 215, 225, 235, 245, 255, 265, 275, 285, 295, 305, 315, 325, 335, 345, 355, 365, 375, 385, 395, 405, 415, 425, 435, 445, 455, 465, 475, 485, 495, 505, 515, 525, 535, 545, 555, 565, 575, 585, 595, 605, 615, 625, 635, 645, 655, 665, 675, 685, 695, 705, 715, 725, 735, 745, 755, 765, 775, 785, 795, 805, 815, 825, 835, 845, 855, 865, 875, 885, 895, 905, 915, 925, 935, 945, 955, 965, 975, 985, 995, 1005.

Berliner Bahnhof. Nach Berlin: Abf. Leipzig 4, 15, 25, 35, 45, 55, 65, 75, 85, 95, 105, 115, 125, 135, 145, 155, 165, 175, 185, 195, 205, 215, 225, 235, 245, 255, 265, 275, 285, 295, 305, 315, 325, 335, 345, 355, 365, 375, 385, 395, 405, 415, 425, 435, 445, 455, 465, 475, 485, 495, 505, 515, 525, 535, 545, 555, 565, 575, 585, 595, 605, 615, 625, 635, 645, 655, 665, 675, 685, 695, 705, 715, 725, 735, 745, 755, 765, 775, 785, 795, 805, 815, 825, 835, 845, 855, 865, 875, 885, 895, 905, 915, 925, 935, 945, 955, 965, 975, 985, 995, 1005.

Thüringer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Görlitz. Abf. Leipzig 4, 15, 25, 35, 45, 55, 65, 75, 85, 95, 105, 115, 125, 135, 145, 155, 165, 175, 185, 195, 205, 215, 225, 235, 245, 255, 265, 275, 285, 295, 305, 315, 325, 335, 345, 355, 365, 375, 385, 395, 405, 415, 425, 435, 445, 455, 465, 475, 485, 495, 505, 515, 525, 535, 545, 555, 565, 575, 585, 595, 605, 615, 625, 635, 645, 655, 665, 675, 685, 695, 705, 715, 725, 735, 745, 755, 765, 775, 785, 795, 805, 815, 825, 835, 845, 855, 865, 875, 885, 895, 905, 915, 925, 935, 945, 955, 965, 975, 985, 995, 1005.

Leipziger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Görlitz. Abf. Leipzig 4, 15, 25, 35, 45, 55, 65, 75, 85, 95, 105, 115, 125, 135, 145, 155, 165, 175, 185, 195, 205, 215, 225, 235, 245, 255, 265, 275, 285, 295, 305, 315, 325, 335, 345, 355, 365, 375, 385, 395, 405, 415, 425, 435, 445, 455, 465, 475, 485, 495, 505, 515, 525, 535, 545, 555, 565, 575, 585, 595, 605, 615, 625, 635, 645, 655, 665, 675, 685, 695, 705, 715, 725, 735, 745, 755, 765, 775, 785, 795, 805, 815, 825, 835, 845, 855, 865, 875, 885, 895, 905, 915, 925, 935, 945, 955, 965, 975, 985, 995, 1005.

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Niebermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. J. Brockhaus in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Blätter für literarische Unterhaltung. Herausgegeben von Rudolf von Gottschall.

Jahrgang 1879.

4. In 52 wöchentlichen Nummern von 2 Bogen.

Preis pro Semester 15 M.

Inhalt der Nummern 18-22:

Nr. 18. Abermals Neues aus Afrika. Von Alfred Kirchoff. — Drei Romane. Von Reinhard Rosen. — Geschichte des preussischen Beamtenhums. Von Hans Prug. — Dramatische Dichtungen. (Fortsetzung.) — Feuilleton. (Französische Urtheile über deutsche Schriften.) — Nr. 19. Historische Schriften. — Neue Romane und Novellen. Von Theodor von der Amer. — Dramatische Dichtungen. (Beschluß.) — Feuilleton. (Deutsche Literatur; Ausländische Literatur.) — Nr. 20. Drei neue Werke vom Grafen Adolf von Schad. Von Albert Roeder. — Historische Schriften. (Beschluß.) — Zwei preisgekrönte Dramatiker. Von Karl Niffel. — Ein Roman aus der französischen Colonie in Berlin. Von Joseph Kürschner. — Feuilleton. (Aus der Schriftstellerwelt.) — Nr. 21. Eduard von Hartmann's Ethik. Von Rudolf von Gottschall. — Zwei preisgekrönte Dramatiker. Von Karl Niffel. (Beschluß.) — Zur altheinischen Poesie und Religion. Von Karl Hartsh. — Feuilleton. (Theater und Musik.) — Nr. 22. Der Alkoholismus. Von Eduard Reich. — Eduard von Hartmann's Ethik. Von Rudolf von Gottschall. (Beschluß.) — Orientalische Bilder und Fragen. — Neue satirische Erzählungsliteratur. Von Heinrich Reiter. — Feuilleton. (Deutsche Literatur; Ausländische Literatur.) — Bibliographie. — Anzeigen.

Die einzige Zeitschrift, welche die neuen Erscheinungen der gesammten nicht streng fachwissenschaftlichen deutschen Literatur mit möglicher Vollständigkeit und ebenso anregend als maßvoll bespricht. Ihre Lectüre ist allen, welche den Bewegungen der Literatur im Zusammenhange zu folgen wünschen, zum Bedürfnis geworden, sobald kein Journalist, kein Lectal sie entbehren oder durch andere Zeitschriften ersetzen kann. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an und legen die erste Nummer des neuen Jahrgangs zur Ansicht vor. [1222]

Annoncen

an sämtliche hiesige und auswärtige Zeitungen, Zeitschriften, Journale etc. etc. befördert unter Garantie der gewissenhaftesten Berechnung und strengsten Unparteilichkeit bei Auswahl der Zeitungen

Central-Annoncen-Bureau der Deutschen Zeitungen, Actien-Gesellschaft Berlin W., Mohrenstr. 45.



Stralsund-Malmö (Kopenhagen).

Kürzester Seeweg. Vederfahrt in 8 Stunden. Postdampfschiff „Oscar“ Abgang aus Stralsund: jeden Montag, Mittwoch und Freitag bei Tagesanbruch, in directem Anschluß an die Nachmittagsvorher von Berlin abgehenden Eisenbahnzüge. Abgang aus Malmö: jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 1 Uhr früh. [1230-34] Heinrich Israhel, Stralsund.

Verlag von F. J. Brockhaus in Leipzig.

Die Herberge der Gerechtigkeit. Roman

von Levin Schücking.

Zwei Theile. 8. Geh. 9 M.

Wie jeder neue Roman Schücking's, so befundet auch der vorliegende wieder alle jene gemündeten Eigenschaften, welche die Schriften dieses beliebten Erzählers für deutsche Familienkreise so empfehlenswert machen. „Die Herberge der Gerechtigkeit“ spielt in der Gegenwart; der Schauplatz wechselt zwischen Deutschland und Italien; in die spannende Handlung sind gedankenreiche Unterhaltungen über wichtige Cultur- und Lebensfragen verflochten. [1229]

Die Annoncen-Expedition von J. Barck & Co. in Halle a. d. Saale empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten in alle Zeitungen.

unentgeltlich geöffnet. Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgew. Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 1/2-1/2 Uhr.

Patentschriften liegen aus Neumarkt 19, I. Handelskammer) 9-12; 3-5. Neues Theater. Besticht. b. intern Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.

Telegraphenanstalten: 1. Kaiserl. Telegraphenamt (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 6. 2. Telegraphenweiganstalt auf d. Börse, Raschmarkt (geöffnet v. 11 U. B. - 3/4 U. Nachm.)

3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl. 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnh. in Leipzig. — Dr. Paul Steinert in Leipzig mit Fräulein Elisabeth Lemmer. — Dr. Gertrud Referendar Hugo Wiegand in Koffwein mit Fräulein Emma Zieger.

Getraut: Dr. Hugo Scheil in Jischopau mit Fräulein Marie Graupner. — Dr. Hermann Zinkeisen in Leipzig mit Fräulein Luise Weber.

Geboren: Dr. Max Erler in Leipzig eine Tochter. — Dr. Förster Franke in Jischopau eine Tochter. — Dr. Anstaltsgehilfen Paul Lippert in Waldheim ein Sohn. — Dr. Apotheker F. R. Wimmer in Lugau eine Tochter. — Dr. August Beidler in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Frau Johanne Friederike verw. Kpisch, geb. Koch, in Leipzig. — Frau Auguste Wilhelmine Bernhardt, geb. Weisbahn, in Leipzig. — Dr. Adv. Dr. Richard Brandt in Broßfelde-Leipzig. — Frau Auguste Amalie Dugliger, geb. Spritzler, in Annaberg. — Dr. Karl Hofer in Neustadt a. d. Orla. — Dr. Lehrer emar. C. G. Joly in Lommahsch. — Frau Ernestine Rosalie Kunze, geb. Geier, in Pegau. — Frau Friederike verw. Lehmann in Leipzig. — Dr. Emil Meyer in Leipzig.

Aquarium, Schützenhaus, geöffn. v. fr. 8-11 Uhr. Entrée am Tage 1 M. Abends für Concertbesucher 50 Pf.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Emil Wafosen in Gohla bei Rössen mit Fräulein Hedwig Schmidgen in Wulfsen bei Krözig. — Dr. Kaufmann Wilhelm Dieg in Köstzig mit Fräulein Hulda Loebmann in Dresden. — Dr. Bürger-Inschuldirektor Heinrich Eybner in Dresden mit Fräulein Helene Schramm in Waldpar

Blasewitz. — Dr. Otto Erner in Cautzsch mit Fräulein Dorette Gebuhn in Diesdorf. — Dr. Clemens Fischer in Ostrau mit Fräulein Marie Frohberg in Koffwein. — Dr. Otto Hartmann in Leipzig mit Fräulein Margarethe Lemmer. — Dr. Kaufmann Rudolf Hoppe in Dresden mit Fräulein Elise Kölsch in Wenz. — Dr. Otto Pfäumer in Großschöcher bei Leipzig mit Fräulein Clara Garn in Borbrücke bei Meissen. — Dr. Franz Kautner in Leipzig mit Fräulein Mathilde Kallig. — Dr. Paul Steinert in Leipzig mit Fräulein Elisabeth Lemmer. — Dr. Gertrud Referendar Hugo Wiegand in Koffwein mit Fräulein Emma Zieger.

Getraut: Dr. Hugo Scheil in Jischopau mit Fräulein Marie Graupner. — Dr. Hermann Zinkeisen in Leipzig mit Fräulein Luise Weber.

Geboren: Dr. Max Erler in Leipzig eine Tochter. — Dr. Förster Franke in Jischopau eine Tochter. — Dr. Anstaltsgehilfen Paul Lippert in Waldheim ein Sohn. — Dr. Apotheker F. R. Wimmer in Lugau eine Tochter. — Dr. August Beidler in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Frau Johanne Friederike verw. Kpisch, geb. Koch, in Leipzig. — Frau Auguste Wilhelmine Bernhardt, geb. Weisbahn, in Leipzig. — Dr. Richard Brandt in Broßfelde-Leipzig. — Frau Auguste Amalie Dugliger, geb. Spritzler, in Annaberg. — Dr. Karl Hofer in Neustadt a. d. Orla. — Dr. Lehrer emar. C. G. Joly in Lommahsch. — Frau Ernestine Rosalie Kunze, geb. Geier, in Pegau. — Frau Friederike verw. Lehmann in Leipzig. — Dr. Emil Meyer in Leipzig.

Aquarium, Schützenhaus, geöffn. v. fr. 8-11 Uhr. Entrée am Tage 1 M. Abends für Concertbesucher 50 Pf.

Familien-Nachrichten. Verlobt: Dr. Emil Wafosen in Gohla bei Rössen mit Fräulein Hedwig Schmidgen in Wulfsen bei Krözig. — Dr. Kaufmann Wilhelm Dieg in Köstzig mit Fräulein Hulda Loebmann in Dresden. — Dr. Bürger-Inschuldirektor Heinrich Eybner in Dresden mit Fräulein Helene Schramm in Waldpar

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Niebermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. J. Brockhaus in Leipzig.